



Belagert, während, Waller, gratis, Wochenschriften: Sonntags „Der Selbstpfeiler“, Dienstags „Wochenpfeiler“, Mittwochs „Technische Rundschau“, Donnerstags „Sportpfeiler“, Freitag „Wochenspiegel“, Sonnabends „Haus Hof Garten“, Preispreis: für den Monat März M. 3.00, —

Einzelnummern und Abonnements-Kundnahme in Groß-Berlin: Hauptredaktion SW. 19, Teufelhofstr. 10, 10. Etage; Telefon: 25 37; Telefax: 25 37; Telegramm: 25 37; Postfach: 25 37; Einzelnummern: 10 Pf.; Abonnement: 3 M.; Ausland: 4 M.; Einzelnummern: 10 Pf.; Abonnement: 3 M.; Ausland: 4 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Fr. 93 Sonntag, 24. Februar 1923
52. Jahrgang

Verhaftung der Bochumer Stadtverordneten.

Der Oberbürgermeister und 18 Stadtverordnete von den Franzosen mishandelt und verhaftet.

Eine neue Gewalttat im Ruhrgebiet.

Während der Stadtverordnetenversammlung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Bochum, 23. Februar.

Heute Abend um 6 Uhr traten die Stadtverordneten von Bochum zu einer Sitzung zusammen, um zu der neuen Besetzung der Stadt durch die Franzosen Stellung zu nehmen. Kurz nach 6 Uhr rückten die Franzosen mit einem größeren militärischen Aufgebot und 10 Tanks vor das Rathaus. Die Tanks nahmen vor dem Rathaus und in den Nebenstraßen Aufstellung. Die Eingänge zum Rathaus wurden militärisch besetzt. Mehrere Offiziere begaben sich in den Sitzungssaal, in dem die Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagten. Der Oberbürgermeister und sämtliche Stadtverordneten wurden von einem französischen Offizier abgefragt, ob sie sich verpflichten wollten, zu liefern, was die Besatzung nicht durch Requisitionsscheine bekommen kann. Dieses Ansinnen wurde selbstverständlich in corpore verweigert. Mit Kolbenhänden und Fußtritten wurden hierauf die Herren aus dem Saale und die Treppe hinunter getrieben. Der Oberbürgermeister und 18 Stadtverordnete, die nicht Arbeitervertreter sind, wurden dann verhaftet und in ein vor dem Rathaus stehendes Lastautomobil gebracht. Vorkäufig sind die Verhafteten in der Oberkassiererei untergebracht worden und werden streng bewacht. Die Geiseln von den Franzosen in Bochum gestohlenen Gegenstände haben einen Wert von über 50 Millionen Mark. Seit der Verhängung des verhängten Belagerungszustandes, also seit gestern Abend, wurden in Bochum über 170 Personen verhaftet; 50 von ihnen waren bis heute Abend wieder freigelassen worden. Das Zentrumorgan, die „Westfälische Volkszeitung“, und das sozialistische „Volksblatt“ wurden unter Verzensur gestellt.

unglück gewesen, dem 64 Mann, die während der Seifahrt den Korb bestiegen hatten, zum Opfer gefallen waren.“
Ueber die **Erziehung eines Schutzpolizeibeamten in Oberhausen** in der vorgestrigen Nacht durch Franzosen betagt der amtliche Polizeibericht: „Gegen 12 Uhr nachts machten zwei Schutzpolizeibeamte in der Nähe des Bahnhofes eine Gruppe Zivilisten darauf aufmerksam, daß die Franzosen vermutlich um 12 Uhr die Käse revidieren würden. In demselben Augenblick kamen etwa sechs Franzosen (Alpenjäger) aus dem Bahnhofgebäude und luden ihre Gewehre. Die beiden Beamten waren ihres Wagens weiter gegangen. Ein Franzose hatte dies bemerkt und fuhr sie ihnen nach, indem er sein Bajonett aufpflanzte und einem der Beamten auf die Brust schloß. Dieser, namens Viet, wehrte das Bajonett ab und fiel davon. In diesem Augenblick trachtete der Schuß, wobei der Beamte zu Boden stürzte. Den zweiten Beamten namens Baffh jagten die Franzosen vom Boden aufzuheben (anscheinend war er niedergeschlagen worden) und mit erhobenen Händen zur Wache zu gehen. Nachdem man den schwerverletzten Beamten Viet ins Krankenhaus gebracht hatte, wurde festgestellt, daß ihm die **Schädelkappe zertrümmert war. Um 6 Uhr morgens ist er seiner Lebenswunde erlegen.** Der zweite Beamte Baffh, ein Schieferer von Geburt, wurde in den Vormittagsstunden aus dem Waidhof der Franzosen in Freiheit gelassen.“ Die Erregung der Bevölkerung wegen der früheren Vorgänge und besonders über diesen Vorfall ist bis auf die äußerste Spitze gestiegen.

Postinspektor Lubbeffing in Gattungen wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, Befehle der Besatzungsbehörde auszuführen. Heute vormittag zog ein Trupp Franzosen mit Maschinengewehren und einigen Wagen vor die Zehde „Erin“ bei Gattrop. Sie stellten Maschinengewehre vor der Zehde auf. Anzweifelhaft hat sich die Besatzung auf dem Zehdenplatz versammelt. Die Franzosen drangen in die Zehde ein und trieben die Arbeiter vor in ihre mitgebrachten Wagen. Die Besatzung trat sofort in einen Proteststreik. Als die Franzosen mit dem Koks abgefahren waren, sind die Arbeiter wieder eingekerkert. Zu weiteren Zwischenfällen kam es nicht. — Die Franzosen haben die Bahnhöfe Gattrop und Delwig-Dr. zwei Verschiebebahnhöfe bei Oberhausen besetzt. Von der französischen Besatzung in Aplerbeck wird nunmehr auch die Mitnahme von Lebensmitteln nach dem unbesetzten Gebiet untersagt. Den Reisenden wird nur gestattet, den unbedingt notwendigen Reisbedarf mitzunehmen. Die Anordnung ist auch den übrigen Kontrollstellen mitgeteilt worden.

Gelsen, 23. Februar. (W. I. B.)
Oberbürgermeister Havenstein und Bürgermeister Schäfer sind heute nachmittag mit einem Auto in Richtung Düsseldorf abtransportiert worden. Oberbürgermeister Wehff, Dr. Gumpens und Regierungsrat Niedermeyer wurden in Richtung Werden fortgebracht.

Berlin, 23. Februar. (W. I. B.)
Ein französische Telegraphenlinie, die in Trier den Telegraphendienst verrichten mußten, sind mit den Worten: „Sie hätten genug von dem Kram“ dabongelassen. Einige von ihnen hinterließen dem französischen Telegraphenoffizier ihre Röhren.

Der Reichspräsident an die Stadt Bochum.

Die Teilnahme für die „Opfer blinder Brutalität“.

Berlin, 23. Februar. (W. I. B.)
Reichspräsident Ebert hat an den Bürgermeister der Stadt Bochum folgendes Telegramm gerichtet: „Mit tiefem Abscheu habe ich von den erneuten Mordtaten französischer Truppenabteilungen gegen wehrlose und friedliche Menschen und den wiederholten Plünderungen Meldung erhalten. Den Dürftenden bitte ich meine herzlichste Teilnahme und die Versicherung zu übermitteln, daß nach besten Kräften für sie, die das Opfer blinder Brutalität geworden sind, gesorgt wird.“

Befehle des Rathauses von Herne.

Wegen Nichtausführung französischer „Befehle“.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)
Herne, 23. Februar.
Die französische Besatzung hat heute den noch nicht verhafteten höheren Verwaltungsbeamten die Frage gestellt, ob sie gewillt seien, die „Befehle“ der Franzosen auszuführen, andererseits das Rathaus besetzt und die Beamten durch Personen ersetzt würden, die die Befehle der Franzosen ausführen würden. Die Verwaltungsbeamten lehnten das Ansinnen natürlich ab. Darauf wurde mittags 3 Uhr das Rathaus besetzt und für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Washington wartet ab.

Von unserem Korrespondenten Dr. Friedrich Glaser.

Washington, im Februar.

Die amerikanische Regierung hat sich sichtlich bemüht, dem eigenen Lande wie der Welt klar zu machen, daß sie in Paris jeden ihr augenblicklich möglichen Schritt unternommen habe, um die französische Regierung von ihrem Plan einer „Schuldenentretung mit bewaffneter Gewalt“, wie man sich hier ausdrückt, zurück zu halten. Wie in Washington bekannt gemacht wird, hat der amerikanische Botschafter in Paris erklärt, daß Regierung und Volk in den Vereinigten Staaten das Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland nicht billigen können. Von einigen New-Yorker Simulakren abgesehen wird diese Haltung der Washingtoner Regierung zweifellos in ganzen Lande gebilligt. Nur die New York Tribune bringt es auch jetzt noch fertig, Frankreich in Schutz zu nehmen, und die „New York Times“ meint, daß Deutschland eben keine andere Sprache verheißt als die der Gewalt.

Wenige Stunden nach dem diese Leitartikel erschienen waren, zeigte jedoch die Regierung, daß weder die Ansichten der republikanischen „Tribune“ noch die der demokratischen „Times“ sie von einem Verhalten bei ihrer einmal beschlossenen Haltung abbringen könne, indem sie weiter bekannt machte, daß die amerikanischen Besatzungstruppen vom Rhein zurückzuziehen werden seien. Ein dahingehender Beschluß war am Sonntag zuvor vom Senat auf Antrag des Senators Reed angenommen worden. Bei der amerikanischen Volksvertretung hatte bei Annahme dieses Beschlusses zunächst der Wunsch mitgeteilt, angefaßt der Stimmung des Landes ihr Ziel dazu beizutragen, um jede Möglichkeit zu vermeiden, daß die Vereinigten Staaten in irgendwelcher Weise in die französischen Unternehmungen am Rhein hineingezogen werden würden. Die amerikanische Regierung hat aber weit rascher als man anfänglich geglaubt hatte, diesem Wunsch Rechnung getragen und den Befehl zum Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen in einer Weise gegeben, über deren Bedeutung man sich auch in Frankreich schwerlich täuschen kann.

Indessen hat man es in Washington nicht bei diesem weiteren Schritt bewenden lassen. Vielmehr wurde gleichzeitig mit dem Befehl der Zurückziehung der Besatzungstruppen durch die „Associated Press“ bekannt gemacht, daß der amerikanische Bevollmächtigte bei der Gutmachungskommission, Roland W. Boyden, in der entscheidenden Sitzung der Gutmachungskommission den Verfall der Vertrag und namentlich die Art und Weise seiner Ausführung scharf kritisiert habe. Bräutig wurde die Erklärung, die Herr Boyden vor der entscheidenden Abstimmung abgegeben habe, als eine Verdammung des ganzen Versailler Vertrages und als ein Vorbehalt gekennzeichnet, den Vertrag sobald wie möglich im Interesse des Wiederauflebens von ganz Europa zu revidieren. Wenn man sich hier auch in amtlichen Kreisen nicht weiter über den Gutmachungskommission ausspricht, so kann doch kein Zweifel daran herrschen, daß diese Äußerung den Ansichten Ausdruck geben, die sich in der hiesigen Gesellschaft während des abgelaufenen Jahres in merkwürdiger Grade Bahn gebrochen haben.

Ueberdies hat Staatssekretär Hughes es sich angelegen sein lassen, in einer besonderen Erklärung an die Presse darauf hinzuweisen, daß die Pariser Nachrichten, wonach der französischen Regierung wieder die mißbilligende Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber dem geplanten Vorgehen im Ruhrgebiet bekannt sei noch der amerikanische Vorschlag der Aufhebung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der deutschen Gutmachungsverpflichtungen, auf einen „Versehen“ bei der Übermittlung beruhen müßten. Abgesehen von dem Meinungsaustrausch, den die amerikanische Regierung mit der französischen durch den Botschafter Jufferand in Washington über die französischen Besatzungspläne gepflogen habe, sei dem französischen Botschafter auch eine Kopie der Rede, des Staatssekretär Hughes vor einigen Wochen in New-Haven gehalten habe, zur Übermittlung an seine Regierung zugeföhrt worden. In jener Rede hatte bekanntlich Herr Hughes erklärt, daß eine wirtschaftliche Erholung Europas unmöglich sei ohne eine Wiederherholung Deutschlands. Auch könne die amerikanische Regierung Maßnahmen nicht billigen, welche, statt weitere Gutmachungsabteilungen hervorzubringen, nur zu weiteren unheilvollen Zuständen führen könnten. Weiter meinte Herr Hughes in jener Rede, daß es immer noch früh genug sein würde derartige Gewaltmaßnahmen in Betracht zu ziehen, nach dem der Versuch, ein ertägliches Wiedergutmachungsprogramm auszuarbeiten, gescheitert wäre.

Daß die Washingtoner Regierung in ihrer mißbilligenden Haltung gegenüber dem französischen Vorgehen auch in demokratischen Lager Unterstützung findet zeigen die Ausführungen der „New York World“, von dem denen der „New York Times“ allerdings etwas abweichen. Die